

Datenschutzerklärung nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für die Vergabe und Durchführung von öffentlichen Aufträgen

Die Vergabestelle verarbeitet im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit dieser Datenschutzerklärung möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

1. Verantwortlicher

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist die

Stadtverwaltung Kraichtal

Bürgermeister Tobias Borho
Rathausstraße 30
76703 Kraichtal-Münzesheim
Telefonnummer: 07250 77-41
Faxnummer: 07250 77-75

2. Datenschutzbeauftragter

Rechtsanwalt Hartwig Heinzmann

Kaiserstraße 37
76646 Bruchsal
Telefonnummer: 07251 982279-0

3. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen.

Dies sind insbesondere:

- persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bieter (z. B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer),
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter des Bieters, insbesondere Unbedenklichkeitsbescheinigungen von öffentlichen Stellen (z. B. Finanzamt, Krankenkasse, Berufsgenossenschaft, SOKA-BAU) oder Haftpflichtversicherungen,
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen,
- Versicherungsnummern,
- IP-Adressen

Diese und darüberhinausgehende Datenerhebungen erfolgen nur, sofern diese für die Durchführung des Vergabeverfahrens notwendig sind.⁷

4. Rechtsgrundlage und Zweck für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Vergabestelle hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) bzw. die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die Landeshaushaltsordnung (LHO) und das Gesetz zur Mittelstandsförderung (MFG BW).

Der Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Durchführung des Vergabeverfahrens sowie die Abwicklung erteilter Aufträge und vorvertragliche Maßnahmen und erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a, b, c, e und f DSGVO.

5. Weitergabe der personenbezogenen Daten

Zu den Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die die Bieter betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden, können insbesondere gehören:

- unterlegene Bieter im Falle des Zuschlags,
- Gewerbezentralregister/Wettbewerbsregister bei entsprechenden Anfragen,
- Tagespresse, Stadtanzeiger und Amtsblätter im Falle des Zuschlags,
- Europäisches Amtsblatt im Falle des Zuschlags,
- Vergabekammer im Falle von Vergabenachprüfverfahren,
- Gerichte im Falle von Klagen,
- Der Zoll und die Deutsche Rentenversicherung bei Verstößen gegen das Mindestlohngesetz (MiLoG),
- Dienstleister der Vergabestelle zur elektronischen Durchführung des Vergabeverfahrens,
- externe Dienstleister der Vergabestelle (z. B. IT-Dienstleister),
- fachliche Berater (Architekten/Fachplaner/Sachverständige),
- juristische Berater (Rechtsanwälte),
- externe und interne Mitarbeiter der Vergabestelle.

Sofern wir im Rahmen unserer Verarbeitung Daten gegenüber anderen Personen und Unternehmen (Auftragsverarbeitern oder Dritten) offenbaren, sie an diese übermitteln oder ihnen sonst Zugriff auf die Daten gewähren, erfolgt dies nur nach Art. 6 Abs. 1 DSGVO, insbesondere Ihrer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO, einer rechtlichen Verpflichtung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO oder auf Grundlage unserer berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO.

Sofern wir Dritte mit der Verarbeitung von Daten auf Grundlage eines so genannten „Auftragsverarbeitungsvertrages“ beauftragen, geschieht dies gemäß Art. 28 DSGVO.

Soweit notwendig, stellen wir durch den Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrages im Sinne von Art. 28 DSGVO sicher, dass die Verarbeitung der Daten DSGVO-konform erfolgt.

6. Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist freiwillig.

Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann möglicherweise der Zuschlag nicht erteilt werden, da eine Bewertung Ihrer Eignung nicht vollumfänglich möglich ist.

7. Dauer der Speicherung

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Vergabeunterlagen der erfolgreichen Bieter sind gemäß § 8 Abs. 4 VgV bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags.

Rechnungen werden bis zur überörtlichen Prüfung der Bauausgaben durch die Gemeindeprüfanstalt gemäß § 2 GPAG, §§ 113, 114 GemO aufbewahrt, mindestens aber 10 Jahre, beginnend mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Geschäftsvorgang beendet wurde (Art. 17 Abs. 3 lit. b DSGVO, § 147 Abs. 3 i. V. m. Abs. 1, Nr. 4 AO, § 14 b Abs. 1 UstG). Die Prüfung findet in der Regel innerhalb von vier Jahren nach Ende des Haushaltsjahres statt.

Angebote nicht berücksichtigter Bieter, die dazugehörigen Briefumschläge sowie Initiativbewerbungen außerhalb der Wettbewerbe werden nach der überörtlichen Prüfung der Bauausgaben durch die Gemeindeprüfanstalt gemäß § 2 GPAG, §§ 113, 114 GemO gelöscht.

8. Rechte der betroffenen Person

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, sind Sie Betroffener i. S. d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

8.1. Auskunftsrecht

Sie können von uns eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von uns folgende Informationen zu den verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen:

1. Verarbeitungszwecke;
2. Datenkategorien;
3. Empfängerkategorien;
4. Speicherdauer oder Speicherkriterien;
5. Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch;
6. Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
7. Herkunft der Daten;
8. Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung oder Profiling.

Sofern personenbezogene Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden, können Sie Informationen über geeignete Garantien gemäß Art. 46 DSGVO verlangen.

8.2. Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann - unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - eine Vervollständigung verlangt werden.

8.3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

1. wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden Daten für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der Daten zu überprüfen;
2. wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der Daten ablehnen;
3. wenn der Verantwortliche die Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
4. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedsstaats verarbeitet werden.

Wurde die Verarbeitung nach den o. g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

8.4. Recht auf Löschung

8.4.1 Löschungspflicht

Sofern einer der folgenden Gründe zutrifft, haben Sie das Recht auf die unverzügliche Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:

1. Die Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
2. Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
3. Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
4. Die Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
5. Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedsstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
6. Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

8.4.2. Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

1. zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedsstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
2. aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
3. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gemäß Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
4. zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

8.5. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

8.6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

1. die Verarbeitung auf einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO oder auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO beruht und
2. die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

8.7. Widerspruchsrecht

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.

Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Person der Vergabestelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

8.8. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

8.9. Automatisierte Entscheidung im Einzelfall einschließlich Profiling

Sie haben das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung - einschließlich Profiling - beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Dies gilt nicht, wenn die Entscheidung

1. für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen Ihnen und dem Verantwortlichen erforderlich ist,
2. aufgrund von Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedsstaaten, denen der Verantwortliche unterliegt, zulässig ist und diese Rechtsvorschriften angemessene Maßnahmen zur Wahrung Ihrer Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen enthalten oder
3. mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung erfolgt.

Allerdings dürfen diese Entscheidungen nicht auf besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 DSGVO beruhen, sofern nicht Art. 9 Abs. 2 lit. a oder g DSGVO gilt und angemessene Maßnahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten sowie Ihrer berechtigten Interessen getroffen wurden.

Hinsichtlich der in (1) und (3) genannten Fälle trifft der Verantwortliche angemessene Maßnahmen, um die Rechte und Freiheiten sowie Ihre berechtigten Interessen zu wahren, wozu mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person seitens des Verantwortlichen, auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung gehört.

8.10. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedsstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Sie können Ihre Beschwerde zum Beispiel an den

**Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Baden-Württemberg
Postfach 102932
70025 Stuttgart
Telefon: 0711 615541-0
Telefax: 0711 615541-15
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de**

richten.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.